
Oskar Niedermayer

Parteimitgliedschaften: Zustand und Perspektive¹



Prof. Dr. Oskar Niedermayer, geb. 1952 in Schönau b. Heidelberg, Studium von Betriebs-, Volkswirtschaftslehre und Politischer Wissenschaft in Mannheim, lehrt Politische Wissenschaft an der FU Berlin und leitet das Otto-Stammer-Zentrum am Fachbereich für Politik- und Sozialwissenschaften.

Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften in der alten Bundesrepublik

Ist die goldene Zeit der Mitgliederparteien vorbei? Der wesentliche Mitgliederschub für die beiden großen Parteien liegt schon dreißig Jahre zurück²: Von Ende 1968 bis Ende 1976 konnte die SPD ihre Mitgliederzahl um 40 Prozent steigern, die CDU konnte ihre Mitgliedschaft sogar weit mehr als verdoppeln. Der SPD gelang in diesem Zeitraum der Durchbruch zur Volkspartei, die sozialliberale Koalition ab 1969 wurde als Aufbruchsignal in eine von Reformen geprägte Zukunft verstanden, und die SPD konnte aus bis dahin nicht angesprochenen Schichten (insbesondere der neuen Mittelschicht aus Angestellten und Beamten) neue Mitglieder gewinnen. Die CDU leitete in der Oppositionsperiode eine umfassende Modernisierung und Parteireform ein, die mit erheblichen Mitgliederneuaufnahmen einherging. Während die CDU noch bis Anfang der achtziger Jahre Mitgliederzuwächse verzeichnen konnte, dann jedoch einen Rückgang hinnehmen musste, erreichte die SPD 1976 mit 1.022.191 Mitgliedern ihren Höchststand, verlor in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre deutlich an Mitgliedern und konnte sich erst in den achtziger Jahren wieder stabilisieren.

Bei den kleinen Parteien konnte auch die CSU von der allgemeinen Mobilisierungsphase Ende der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre profitieren. Sie verdoppelte von Ende 1968 bis Ende 1976 ihren Mitgliederstand, konnte noch bis 1983 permanent Zuwächse verzeich-

1 Der folgende Beitrag ist eine stark gekürzte und aktualisierte Version von: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer, Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 277-300. Weiterführende Literaturhinweise finden sich dort.

2 Einigermäßen verlässliche Mitgliederzahlen für die Gesamtheit der deutschen Parteien liegen erst ab den sechziger Jahren vor. Lediglich die SPD hat ihre Mitgliedschaft für weiter zurückliegende Zeiträume lückenlos dokumentiert.

nen und blieb dann bis zum Ende der alten Bundesrepublik stabil. Die FDP verlor im Zuge ihrer ersten koalitionspolitischen Umorientierung zwischen 1968 und 1971 im Saldo 6,5 Prozent ihrer Mitglieder. Der Bruch der sozialliberalen Koalition und der erneute Wechsel zur Koalition mit der CDU/CSU 1982 kostete die Partei jedoch viel mehr. Sie verlor zwischen Ende 1981 und Ende 1986 über ein Viertel ihrer Mitgliedschaft. Die neu hinzukommenden Grünen konnten ihre Mitgliedschaft bis Ende 1987 weit mehr als verdoppeln, hatten danach jedoch auch Einbußen zu verzeichnen.

Insgesamt mussten, gemessen an ihrem jeweiligen Mitgliederhöchststand, außer der CSU alle Parteien bis zum Ende der alten Bundesrepublik Mitgliederverluste hinnehmen: CDU, SPD und die Grünen verloren jeweils etwa ein Zehntel, die FDP etwa ein Viertel ihrer Mitglieder. Das am Organisationsgrad -^oalso dem Anteil der Parteimitglieder an den Wahlberechtigten^o- gemessene Ausmaß an sozialer Verankerung des gesamten Parteiensystems war daher, nach einem rasanten Anstieg in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, in den achtziger Jahren rückläufig.

Die Zeit nach der Vereinigung

Der Mitgliederschwund setzte sich im Westteil Deutschlands bei CDU, SPD und FDP nach der Vereinigung fort und nun musste auch die CSU einen leichten Mitgliederrückgang verkraften, wie die folgende Tabelle zeigt.

Rein prozentual deutlich hinzugewinnen konnte in den Jahren nach der Vereinigung die PDS. Allerdings dürfen die Steigerungsraten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die PDS auch Ende 1998 im Westen nicht nur von ihren Wahlergebnissen, sondern auch von ihrer Mitgliederstärke her immer noch eine marginale Partei ist. Ganz anders in Ostdeutschland: Obwohl sie -^onach dem extremen Aderlass 1989/90^{3o}- zwischen Ende 1990 und Ende 1998 noch einmal mehr als zwei Drittel ihrer Mitglieder verlor, ist die PDS mit weitem Vorsprung vor allen anderen Parteien immer noch die mitgliederstärkste Partei Ostdeutschlands.

Die CDU und insbesondere die FDP, die -^ovor allem durch die Übernahme der Mitgliederbestände der ehemaligen Blockparteien^o- durch die Vereinigung anfangs einen deutlichen Mitgliederzuwachs verbuchen konnten, verloren in den ersten Jahren nach der Vereinigung in Ostdeutschland drastisch an Mitgliedern, was nicht allein auf das Faktum ungenauer Mitgliederangaben zurückgeführt werden kann. Die SPD hingegen konnte insgesamt einen leichten Mitgliederanstieg verbuchen, was jedoch nichts an der Tatsache ändert, dass die in Ostdeutschland als Neugründung mit Organisationsaufbauproblemen behaftete Partei unter einer extremen Rekrutierungsschwäche leidet. Dies gilt auch für die Bündnisgrünen, die Ende 1998 in ganz Ostdeutschland noch nicht einmal viertausend Mitglieder hatten.

Während in der alten Bundesrepublik Mitte der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre 4,5 Prozent der Wahlberechtigten Mitglied einer der im Bundestag vertretenen Parteien waren, sind es Ende der neunziger Jahre noch nicht einmal 3 Prozent. Dabei zeigen sich wesentliche Unterschiede zwischen West und Ost: Durch den rapiden Mitgliederschwund in Ostdeutschland ist der Organisationsgrad, der 1990 deutlich höher war als im Westen, nun wesentlich niedriger: 1998 waren im Osten nur 1,8 Prozent, im Westen aber 3,2 Prozent der Wahlberechtigten in einer der Bundestagsparteien Mitglied. Die geringe soziale Verankerung der Parteien in Ostdeutschland macht auch vor der PDS nicht halt: In ihr als größter

3 Die SED der ehemaligen DDR hatte im Oktober 1989 noch 2,3 Mill. Mitglieder.

Mitgliederentwicklung der Parteien 1990-1998 (Stand jeweils Jahresende)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
CDU									
West	652299	638595	617089	599435	591787	583998	577994	566922	563324
Ost	132457	112568	96757	85908	79710	73645	67792	64708	62933
ges.	784756	751163	713846	685343	671497	657643	645786	631630	626257
CSU	186197	184513	181757	177289	176250	179647	179312	178457	179520
SPD									
West	911583	890262	857760	832921	818993	787700	764207	746298	743949
Ost	26114	29609	28198	28559	30381	29950	29590	29885	31087
ges.	937697	919871	885958	861480	849374	817650	793797	776183	775036
FDP									
West	66924	66145	64510	62875	60922	57906	55594	52616	52300
Ost	111410	71412	38677	31014	26756	22203	19110	16771	15336
ges.	178334	137557	103187	93889	87678	80109	74704	69387	67636
GRÜNE									
West	40049	37533	34999	36612	40621	43039	44708	45436	47844
Ost	1267	1340	1321	3149	3278	3371	3326	3544	3968
ges.	41316	38873	36320	39761	43899	46410	48034	48980	51812
PDS									
West	600	822	911	1180	2326	2389	2405	2527	3371
Ost	280282	171757	145831	130226	121425	112551	102624	96097	91256
ges.	280882	172579	146742	131406	123751	114940	105029	98624	94627

Quelle: Angaben der Bundesgeschäftsstellen der Parteien (ohne Auslandsmitglieder); West einschließlich Westberlin, Ost einschließlich Ostberlin.

ostdeutscher Mitgliederpartei sind 0,8 Prozent der dortigen Wahlberechtigten organisiert, im Westen gehören den beiden großen Mitgliederparteien jedoch 1,5 Prozent (SPD) bzw. 1,3 Prozent (CDU/CSU) der Wahlberechtigten an.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften

Will man neben der zeitlichen Entwicklung und regionalen Verteilung der Parteimitgliedschaften auch deren sozialstrukturelle Zusammensetzung – also die Gliederung nach Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf, Konfession usw. – untersuchen, so stehen hierfür zwei Datenquellen zur Verfügung: die Mitgliederkarteien der Parteien und Ergebnisse von Umfragen. Beide Quellen haben ihre Probleme: Erstens verfügen nicht alle Parteien über zentrale Mitgliederkarteien, die vorhandenen Karteien enthalten nicht alle wichtigen Informationen und zudem sind einige dieser Daten nicht verlässlich; zweitens sind der Öffentlichkeit zugängliche Umfragen unter Parteimitgliedern selten und allgemeine Bevölkerungsumfragen enthalten – wenn überhaupt – nach der Parteimitgliedschaft gefragt

wird^o – meist zu wenig Parteimitglieder, um sinnvolle Aussagen über deren Zusammensetzung treffen zu können. Insbesondere für eine Untersuchung der Mitgliederstruktur über einen längeren Zeitraum hinweg ist die Datenlage daher sehr unvollständig.

Am ehesten lässt sich noch die zeitliche Entwicklung der Zusammensetzung nach Geschlecht nachzeichnen. Bis in die siebziger Jahre hinein waren weniger als ein Siebtel der CDU-Mitglieder und weniger als ein Fünftel der SPD-Mitglieder Frauen. Danach begann der Frauenanteil kontinuierlich zu steigen und heutzutage sind jeweils ein Viertel der CDU bzw. FDP-Mitglieder und fast 30 Prozent der SPD-Mitglieder Frauen. Noch höher ist der Frauenanteil in der PDS mit 46 Prozent. Die Grünen erheben über die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft keine Daten, aus Umfragen wissen wir aber, dass der Frauenanteil der Grünen-Mitgliedschaft höher ist als in den traditionellen (West)Parteien, in denen die Frauen –^otrotz der positiven Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte^o – immer noch unterrepräsentiert sind.

Auch über die Altersstruktur der Parteimitgliedschaften stehen –^ofür CDU, CSU und SPD^o – Daten für längere Zeiträume zur Verfügung, die zweierlei zeigen: (1) die jüngeren Altersgruppen sind in allen Parteien deutlich unterrepräsentiert, die mittleren Altersgruppen deutlich überrepräsentiert; (2) die Unterrepräsentation der Jüngeren nimmt im Zeitverlauf zu, und dies besonders stark bei der SPD, sodass sich die Parteien angleichen: War Mitte der siebziger Jahre –^obei einem Bevölkerungsanteil der 16-30jährigen von gut einem Viertel^o – noch gut jedes zehnte CDU- bzw. CSU-Mitglied und jedes fünfte SPD-Mitglied jünger als dreißig Jahre, so gehört heute nur noch jedes zwanzigste Mitglied dieser Altersgruppe an. Am stärksten überaltert ist die PDS, deren Mitglieder mehrheitlich im Rentenalter sind, am wenigsten Probleme haben in dieser Hinsicht die Grünen.

Über die Bildungsstruktur der Parteimitgliedschaften existieren nur wenige (Umfrage)Daten. Diese belegen, dass das Bildungsniveau unter den Parteimitgliedern im Vergleich zur Bevölkerung deutlich höher ist, wobei dies am stärksten für die FDP und die Grünen gilt.

Wenn die Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften analysiert wird, darf natürlich der Beruf als zentrale Kategorie nicht fehlen. Gerade hier sind die Datenprobleme am gravierendsten. Zwar wird der Beruf bei CDU, CSU und SPD anlässlich des Parteibeitritts erfasst, jedoch erfolgt im Zeitverlauf keine Bereinigung der Angaben. Da sich die Berufszugehörigkeit im Verlaufe des Lebens bei vielen Personen ändert, bilden die vorhandenen Daten die Berufsstruktur nicht exakt ab. Eines zeigen sie jedoch relativ deutlich: Im Laufe der Zeit fand ein starker Austauschprozess zwischen den Arbeitern (SPD) bzw. Selbstständigen (CDU, CSU) auf der einen und den Angestellten und Beamten auf der anderen Seite statt. In den fünfziger Jahren bildeten die Arbeiter noch die weitaus stärkste Gruppe unter den SPD-Mitgliedern, der Anteil der Angestellten und Beamten machte weniger als die Hälfte des Arbeiteranteils aus. In den sechziger Jahren wandelte sich die SPD von einer Arbeiter- zu einer Arbeitnehmerpartei und seit Mitte der siebziger Jahre übertrifft der Anteil der Angestellten und Beamten an den Parteimitgliedern den Arbeiteranteil in immer stärkerem Maße. Einem ähnlichen Wandlungsprozess unterlag die Mitgliedschaft der CDU und der CSU, wobei sich die Zusammensetzung der größeren der beiden Schwesterparteien rascher änderte. Noch Ende der sechziger Jahre waren die Gruppen der Selbstständigen sowie der Angestellten/Beamten unter den CDU-Mitgliedern gleich groß, seit den siebziger Jahren dominieren letztere, und zwar im Laufe der Zeit immer klarer. Noch stärker dominieren die neuen Mittelschichten aus Angestellten und Beamten bei den Grünen, während die FDP –^ogemäß Umfragedaten^o – von allen Parteien den höchsten Selbstständigenanteil aufweist.

Bei CDU und CSU ist ein Wandel auch in Bezug auf die Konfessionsstruktur festzustellen: Waren bis Ende der sechziger Jahre noch etwa drei Viertel der CDU-Mitglieder katholisch, so

ist es heutzutage nur noch gut die Hälfte. Bei der CSU vollzog sich dieser Wandel nicht so deutlich. Auch hier ging jedoch der Katholikenanteil von 86 Prozent Mitte der siebziger auf 80 Prozent Mitte der neunziger Jahre zurück.

Ursachen für den Mitgliederschwund, die Ost-West-Unterschiede und den sozialstrukturellen Wandel

Die Ursachen für den Rückgang der Parteimitgliederzahlen liegen sowohl in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen als auch in den organisatorischen Rahmenbedingungen parteibezogenen Engagements und im politischen Verhalten der Parteien begründet.

Um die Rolle des sozio-ökonomischen Wandels zu verdeutlichen, muss historisch weit zurückgegangen werden. Die deutschen Parteien entstanden im Rahmen der gesellschaftlichen Umbrüche während der Nationalstaatsbildung und Industriellen Revolution des neunzehnten Jahrhunderts. Die vielfältigen gesellschaftlichen Konfliktlinien führten im Gründungsjahrzehnt des Kaiserreichs zu einer Parteienlandschaft mit vier Hauptsäulen: den in sich zersplitterten Liberalen und Konservativen, die aus dem Konflikt zwischen der konservativen politischen Elite der Monarchie und den liberalen Kräften des aufkommenden Bürgertums entstanden; dem katholischen Zentrum als Ausdruck der politischen Aktualisierung des schon lange bestehenden Konfessionskonflikts und den Sozialdemokraten als Folge des sich herausbildenden Klassenkonflikts. Bei diesen Konflikten handelte es sich um Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, die als Begünstigungen und Benachteiligungen wahrgenommen und ideologisch gedeutet wurden. Die Deutungsleistung wurde durch parteipolitische Eliten erbracht, sodass enge Bindungen zwischen den jeweiligen sozialen Gruppen und den sie vertretenden politischen Parteien entstanden. Diese Bindungen wurden verstärkt durch die frühe Herausbildung sozialmoralischer Milieus im Sinne gemeinsamer Lebensweisen. Die Angehörigen solcher alltagsweltlich begründeter, durch ein umfassendes Gefüge von Verbänden und Vereinen organisatorisch gestützter Gesinnungsgemeinschaften wurden durch die bestehenden Gruppennormen im Sinne der das Milieu repräsentierenden Partei politisch sozialisiert, entwickelten also relativ stabile, gefühls- und wertmäßig verankerte Parteibindungen.

Die Milieuverankerung der deutschen Parteien überdauerte den Systemwechsel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik und konnte selbst durch den Nationalsozialismus nicht vollständig eingeebnet werden, sodass traditionelle Milieustrukturen auch noch die Nachkriegszeit prägten. Seit den sechziger Jahren ist in der Bundesrepublik jedoch ein Abschmelzen der durch dauerhafte Allianzen mit einer Partei verbundenen sozialen Gruppen und eine Erosion der traditionellen Milieus auf Grund ökonomischer und sozio-kultureller Wandlungsprozesse zu beobachten. Die zentrale Größe im ökonomischen Bereich ist der Wandel der Erwerbsstruktur in Form des Rückgangs des Anteils der Arbeiterschaft an den Erwerbstätigen. Hinzu kommen Milieuerosionsprozesse, die durch Wertewandel, Säkularisierung, Mobilitätssteigerung und Individualisierung bedingt sind: Die stärkere Betonung postmaterialistischer gegenüber materialistischen Werten, die Abkehr von Großorganisationen, die gestiegene Mobilität und die Pluralisierung von Lebensstilen führen zu einer immer stärkeren Erosion der Sozialmilieus.

Diese Prozesse haben nicht nur Auswirkungen auf die Wählerschaften der Parteien, sondern auch auf die Entwicklung der Parteimitgliedschaften. Zum einen verschwindet mit der Abschwächung des durch das eindimensionale Sozialisationsumfeld der Milieus aufgebau-

ten politischen Konformitätsdrucks und der normativen Gruppenkontrolle auch ein wesentlicher Bestimmungsfaktor des Eintritts in die jeweilige politische Partei. Zum anderen verringert der mit diesem Erosionsprozess einhergehende Wandel der Parteibindungsmotive der Mitglieder von einer gesinnungs- und gefühlsmäßigen Beziehung zu einer instrumentellen Sicht der Partei als politischer Zweckorganisation die bei einem Parteiaustritt zu überwindende Hemmschwelle. Zudem sind vor allem die Großparteien durch die Schrumpfung ihrer traditionellen Klientel zunehmend gezwungen, sich die Mehrheit ihrer Mitglieder in anderen gesellschaftlichen Gruppen zu suchen. Dadurch wird ihre Gesamtmitgliedschaft in ihren Interessen jedoch immer heterogener und es wird zunehmend schwieriger, ein für alle akzeptables personales wie inhaltliches Politikangebot zu entwickeln, das die Mitglieder an die Partei bindet.

Einen weiteren wesentlichen Faktor bildet das Auseinanderdriften von allgemeinen gesellschaftlichen Beteiligungsnormen und -formen und der anachronistischen Organisationskultur der Parteien. Die verkrusteten, zuweilen zu erstarrten Apparaten degenerierten Parteiorganisationen bieten oft nicht genügend attraktive innerparteiliche Beteiligungsmöglichkeiten für die anspruchsvoller gewordenen Mitglieder. Zudem sind die Bürger in ihrem politischen Einfluss-Streben seit geraumer Zeit nicht mehr allein auf die Parteien angewiesen, denn die Ausdifferenzierung der politischen Partizipation hat die Parteien in eine zunehmende Konkurrenzsituation mit anderen Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen gebracht. Dies erschwert den Parteien die Mitgliederrekrutierung immer mehr, da vielen Bürgern thematisch begrenzte, zeitweilige Formen politischer Einflussnahme attraktiver erscheinen als die langfristige organisatorische Bindung an eine Partei.

Einen dritten Ursachenkomplex bildet das politische Verhalten der Parteien. Die oft thematisierte Machtbesessenheit der Parteieliten kann als wesentliche Ursache für Unterstützungsentzug durch die Bevölkerung, also Parteienverdrossenheit, angesehen werden und an Anlässen für eine solche Betrachtungsweise herrschte kein Mangel. Die bis heute nicht abreisende Kette von Affären und Skandalen verschonte keine der Parteien. Zudem kollidiert der Omnipotenz- und Allzuständigkeitsanspruch der Parteien in den Augen vieler Bürger mit ihrem zunehmenden Versagen vor der Bewältigung der dringenden gesellschaftlichen Aufgaben.

Für Ostdeutschland kommen weitere Faktoren hinzu. In der ehemaligen DDR konnte die Milieubindung der Arbeiterschaft nicht überdauern, da eine klare Abgrenzung zu anderen Werkstätigen fehlte und die freie Interessenartikulation und -repräsentation durch Gewerkschaften unterdrückt wurde. Auch das katholische Milieu spielte auf Grund des traditionell geringen Katholikenanteils und der Konfessionspolitik des SED-Regimes keine Rolle. Weitere Faktoren lassen sich aus den spezifischen politischen Hinterlassenschaften des DDR-Systems und den Folgeproblemen des Transformationsprozesses ableiten: Die verbreitet zu beobachtende Parteimüdigkeit bzw. -aversion der ostdeutschen Bürger und ihre Flucht ins Private werden verständlich, wenn man sie zum einen als Reaktion auf die Entlastung von Zwangspolisierung, d.h. von zu DDR-Zeiten aufgezwungener politischer Beteiligung, zum anderen als Reaktion auf die starke Belastung durch die persönlichen und beruflichen Folgen der ökonomischen und sozialen Umwälzungen versteht.

Die geschilderten sozialen Wandlungsprozesse haben jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Größe der Parteimitgliedschaften, sondern auch auf deren Zusammensetzung. Die Entwicklung der Berufs- und Konfessionsstruktur bei der SPD- und Unionsmitgliedschaft macht die Ablösung der Großparteien von ihren traditionellen sozialen Milieus deutlich. Trotz der

sozialstrukturellen Angleichung haben sich die Parteien aber nicht völlig von ihren Ursprungsmilieus gelöst. Der kollektive Alterungsprozess der Parteien lässt sich wesentlich durch den Wandel der Beteiligungsformen erklären, da die neueren, unkonventionellen Formen politischer Partizipation vor allem eine Domäne der Jüngeren sind, die mit der überkommenen Organisationskultur der traditionellen Parteien zunehmend weniger anfangen können. Politische Partizipation wird hier als Ergebnis von Sozialisations-einflüssen verstanden, die sich mit der Generationszugehörigkeit verändern. Gerade konventionelle politische Beteiligungsformen variieren aber auch mit dem Grad sozialer Integration und der Betroffenheit von politischen Vorgängen, die sich im Verlauf des individuellen Lebenszyklus verändern. Die deutliche Überrepräsentation der mittleren Jahrgänge in den Parteimitgliedschaften bestätigt daher die allgemeine Beobachtung, dass sich die Angehörigen der mittleren Altersgruppen als Träger des politischen Lebens erweisen.

Unterschiedliche Sozialisations-einflüsse, der Grad an sozialer Integration und ein dritter Faktor: die unterschiedliche individuelle Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen (Zeit, Information), dienen auch als Erklärungshintergrund für die immer noch zu beobachtende Unterrepräsentation von Frauen und Überrepräsentation von Personen mit höherer Bildung in den Parteien: Frauen sind, trotz der positiven Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, auf Grund traditioneller Rollenbilder, unterschiedlicher Berufsstrukturen, Belastungen durch Haushalt/Kinder u.a.m. immer noch benachteiligt, Personen mit höherer Bildung durch die im Bildungsprozess erfolgende Vermittlung von partizipationsrelevanten Kenntnissen, Fähigkeiten und Normen im Vorteil.

Perspektiven der zukünftigen Entwicklung

Sowohl die sozialstrukturellen Angleichungsprozesse zwischen den Parteien als auch der fast alle betreffende Mitgliederrückgang haben Ursachen, die größtenteils längerfristiger Natur sind. Da sich keine Anzeichen für einen wesentlichen Wandel dieser Prozesse erkennen lassen, ist die Wahrscheinlichkeit für einen neuen Mitgliederschub relativ gering. Die goldene Zeit für die Mitgliederparteien scheint tatsächlich vorbei zu sein. Andererseits sollte man nicht gleich ihr Ende einläuten, da die längerfristigen Entwicklungen wenig Anlass für ein dramatisches Krisenszenario geben. Ob die geschilderten Anpassungsprozesse an sich verändernde Umweltbedingungen dazu führen werden, dass sich nicht nur die traditionell mitgliederschwachen, sondern auch die mitgliederstarken Großparteien in Zukunft zu mandatsträgerdominierten Parteien mit nur noch rudimentärer außerparlamentarischer Parteiorganisation fortentwickeln, ist noch nicht ausgemacht. Vielleicht gelingt es ihnen -^owie es die Befürworter einer „erneuerten Mitgliederpartei“ fordern^o-, durch basisbezogene Reformen der Organisationsstruktur und des innerparteilichen Entscheidungsprozesses die Parteien als Mittel politischer Bürgerbeteiligung wieder attraktiver zu machen und damit den Mitgliederschwund aufzuhalten.